

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(78. - öffentliche - Sitzung am 5. Dezember 2019)

Beratungsthemen:

Der Ausschuss behandelte die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 gemeinsam.

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu

dazu:

Vorlage 187 (MK) - Vorwegfreigabe von Haushaltsmitteln

Eingabe 01416/03/18

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss behandelte die Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU zum Haushaltsplanentwurf 2020 (politische und technische Liste) sowie den Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP betr. Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und Intensivierung des Schutzes jüdischen Lebens. Er empfahl dem Landtag teils einstimmig, teils mehrheitlich, die Einzelpläne 01 bis 20 in der Fassung dieser Änderungsvorschläge anzunehmen.

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU, gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlagen 5 und 7).

Als Berichterstatter wurde Vors. Abg. Wenzel (GRÜNE) benannt. Der Ausschuss beschloss, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht erstattet werden soll.

Der Ausschuss empfahl, die in die Beratung einbezogenen Eingabe 1416 für erledigt zu erklären. Der von der Landesregierung beantragten Vorwegfreigabe von Haushaltsmitteln (Vorlage 187) stimmte er einvernehmlich zu.

Der Ausschuss nahm die Mittelfristige Planung 2018 - 2022 zur Kenntnis.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4486](#)

dazu: Eingaben 01291/03/18 und 01372/03/18

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlagen 3, 4 und 6).

Als Berichterstatter wurde Vors. Abg. Wenzel (GRÜNE) benannt. Der Ausschuss beschloss, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht und ein gesonderter schriftlicher Bericht erstattet werden sollen.

Der Ausschuss empfahl, die in die Beratung einbezogenen Eingaben 1291 und 1372 für erledigt zu erklären.

3. **Fachkräftemangel entgegnetreten - Tarifabschluss wirkungsgleich umsetzen - Sonderzahlung im öffentlichen Dienst wieder einführen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3936](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

4. **Kfz-Richtlinie des Landes überarbeiten - umweltfreundliche Beschaffung sicherstellen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1067](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (1. Nachtragshaushaltsgesetz 2019)**

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5068](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzesentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

6. **Vorlage**

Vorlage 188 (MF) Beantwortung von Fagen zum Geschäftsbericht 2018 der HanBG

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.